

# Die Sackgassen der europäischen Politik

3. Mai 2022 | Alastair Crooke

Das französische Wahlergebnis hat erneut die starren Strukturen der europäischen Gesellschaft aufgezeigt, die die Aussicht auf eine starke, zielstrebige (d.h. transformative) Regierung, etwa im Sinne eines de Gaulle, heute auf nationaler Ebene fast unmöglich machen. Wenn solche nationalen Verkrustungen jedoch mit der europäischen supranationalen, institutionellen Unfähigkeit der EU, auf die Besonderheiten komplexer Situationen zu reagieren, kombiniert werden, erhalten wir einen regelrechten Immobilismus – die Unmöglichkeit, die Politik in der Mehrheit der EU-Staaten in irgendeiner Weise sinnvoll zu ändern.

Europa tuckert seit einem Jahrzehnt mit seinem Manager-„Merkelismus“ dahin, der sich als tief verwurzelter Widerwille gegen harte Entscheidungen definieren lässt, Probleme durch großzügiges Verteilen von Schmiergeldern abzuschieben und sich – je nach Windrichtung – nach links oder rechts zu neigen. Es war eine Zeit der leichten Entscheidungen über leichte Entscheidungen und wenig zur Lösung der strukturellen Probleme.

Das aber hat die EU in eine Sackgasse geführt – gerade in dem Moment, als ein Krieg in Europa droht und die Feuer der großen Inflation bereits entfacht sind, deren Flammen himmelwärts züngeln und die Wähler im eigenen Lande ihren harten Wechselfällen aussetzen.

Macron ist in Frankreich weithin unpopulär. Er gilt als unnahbar und arrogant und hat es nicht geschafft, einen bedeutenden politischen oder wirtschaftlichen Wandel herbeizuführen. Dennoch hat er die Präsidentschaft überzeugend gewonnen, obwohl er in der ersten Wahlrunde nur 4 von 10 französischen Stimmen erhielt. Und warum? Und warum hat Le Pen, die in den meisten französischen Gemeinden deutlich zulegen konnte, im zweiten Wahlgang nicht besser abgeschnitten und dort an Unterstützung verloren? Sie führte einen kompetenten Wahlkampf und leistete sich in der Fernsehdebatte keine nennenswerten Fehlritte.

Hier liegt die strukturelle Starrheit (die nicht nur auf Frankreich beschränkt ist): Le Pen hat dieses „Etikett“ aufgedrückt bekommen – sie ist „rechtsextrem“, wie die MSM unaufhörlich betonen. Hier geht es nicht darum, ihrer spezifischen Politik zuzustimmen oder nicht, sondern vielmehr darum, auf das Paradox hinzuweisen, dass ihre Politik, so wie sie präsentiert wird, objektiv gesehen eher mit der des Rivalen Mélenchon aus der neuen französischen Linken übereinstimmt als mit der des Status quo Macron.

Die Linke ist der Rechten (Le Pen) näher als der Mitte (Macron). Die Linke in Frankreich ist psychologisch darauf konditioniert, sich mit der Mitte gegen die Rechte zu verbünden, egal wie unterschiedlich ihre Programme sind. Die gekauften Mainstream-Medien dulden dieses „Arrangement“ mit der Mitte ausnahmslos.

Le Pens Ergebnis in der zweiten Runde war auch nicht in erster Linie darauf zurückzuführen, dass sie als Putin-Befürworterin angesehen wurde – in Bezug auf Russland, die NATO, die Ukraine und Putin gab es wenig, was sie von Mélenchon unterschied.

Das Etikett reichte aus: 42 Prozent der Mélenchon-Wähler unterstützten Macron in der zweiten Runde, obwohl sie ihn größtenteils verabscheuen. Die Identitätspolitik (die von den Franzosen im 18. Jahrhundert erfunden und von Hillary Clinton 2016 erneut popularisiert wurde) ist die Waffe: Die Linke kann sich nicht dazu durchringen, für einen „rechtsextremen“ Kandidaten zu stimmen, komme was wolle. Die Mitte und die Linke sind gezwungen, sich gegen sie zu vereinen. Das ist die strukturelle Tatsache eines Großteils der EU-Politik.

Es scheint, dass Mélenchon bei den Parlamentswahlen im Juni die Oberhand gewinnen will. Man nimmt an, dass er Ambitionen auf das Amt des Premierministers hat, wo er natürlich mit dem Präsidenten des Status quo zusammenleben wird. Das Parlament könnte etwas stärker vertreten sein, aber im Wesentlichen würde es heißen: plus ça change ...!

Diese zentristische Lähmungstaktik der Euro-Eliten ist weit verbreitet. In Italien wird eine unpopuläre Koalition der Mitte aus den wählerschwächeren Parteien gebildet, die vor den allgemeinen Wahlen zurückschrecken werden. Diese Parteien verbünden sich dann mit einer linksgerichteten Klasse von kosmopolitischen Metro-Eliten – dem Zentrum –, die vom Status quo profitieren, um die Populisten und die Rechten niederzuhalten - und auszuschließen. Macron hat die Wahl in Paris mit 3:1 gewonnen. In Großbritannien waren 90 Prozent der Londoner Wahlkreise solide „Remainers“.

Das Ergebnis ist typisch: Unbeliebte europäische Politiker beharren auf ihrer unpopulären, staats-korporatistischen Politik des Status quo.

Ist es also nicht „nur Politik“ wie üblich? Ja, aber sie hat ihren Preis: Unbeweglichkeit und zunehmende Entfremdung. Macht und Geld fließen auf Kosten der Kommunen in die Metropolen und von dort nach Brüssel, unempfindlich gegen Unruhe, Protest und Verarmung der Bevölkerung.

Die jahrelange Ausgrenzungspolitik der Status-quo-Praktiker hat vielen europäischen Staaten die Aussicht auf einen signifikanten Wandel genommen. Die Gefäße für eine zielgerichtete Transformation sind absichtlich verkümmert, die „Zentrumsblöcke“ selbst sind häufig abgestanden und erschöpft, und eine Politik des roten Blutes ist nicht erlaubt.

Der heutige Manager-Integrationismus steht absichtlich in direkter Opposition zu allen Formen des Nationalismus, als ob diese antieuropäisch wären. Und doch gibt es so etwas wie eine europäische Kultur, die uns in unserer Vielfalt irgendwie verbindet, wenn auch nur als Erinnerung, die in den tiefsten Schichten unseres Seins verankert ist.

Letzteres ist nicht das flache Steppenland der heutigen monolithischen, konzertierten EU-Botschaften. Ende des 15. Jahrhunderts wurde die Renaissance (die sich über ganz Europa erstreckte) aus der Erneuerung des Kontakts mit dem Geist der Antike (der europaweiten Kultur) geboren – nicht nur, um ihn zu kopieren, sondern als fruchtbarer Boden, auf dem das Neue Wurzeln schlagen konnte.

Historisch gesehen war Europa jedoch immer dann am stärksten, wenn verschiedene Staaten kulturell miteinander konkurrierten.

Macron hat überzeugend gewonnen – und wird als klarer Primus inter pares nach Brüssel gehen, insbesondere mit Deutschland in seinem derzeitigen geschwächten und zerstrittenen Zustand. Dort wird er feststellen, dass das Problem darin besteht, dass nicht alle Länder des Blocks Macrons

Vision von Europa teilen. Wie ein Diplomat es ausdrückte: Macrons europäische Glaubwürdigkeit stand nie in Frage, im Gegenteil: Er kann „europäischer als Europa“ sein (nach seinem Wahlsieg erklang die EU-Hymne).

Es ist nur so, dass für französische Politiker seit Jahren „Europa ist La France“ gilt, wenn auch in großem Stil. Und Macron wird wahrscheinlich in dieser jupiterschen Art weitermachen.

Macron hat früh die Initiative für ein russisches Öl- und Gasembargo ergriffen. Ein Schritt, der nach der Beendigung von Nordstream 2 die De-Industrialisierung Deutschlands – und seine starke Abkopplung von Russland – vorhersagte. Deutschland ist durch Bidens Ukraine-Projekt zu einem Schatten seines früheren Selbst geworden (auch wenn es noch ein bisschen länger Zugang zu billigem russischen Gas hat) und wird in den Dienst Washingtons gestellt.

Nun wird Frankreich eine Vormachtstellung einnehmen und hofft, die militärischen Strukturen innerhalb der EU auszubauen, um als einzige Atomwaffenmacht und ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrats auch im Bereich der militärischen Sicherheit eine Vormachtstellung zu erlangen.

Ob Macron seine hochgesteckten Ziele erreicht, wird von seiner Fähigkeit abhängen, andere Staats- und Regierungschefs zu überzeugen und zu überreden, seinem Beispiel zu folgen, einen Konsens zu schmieden und konkrete Vereinbarungen auszuhandeln, anstatt nur zu agitieren und zu argumentieren. Zu den Hindernissen, auf die Macron in den kommenden Jahren stoßen könnte, gehört der kollektive instinktive Widerstand gegen die Aussicht auf eine französische Hegemonie.

Und hier kommt die zweite Ordnung der strukturellen Starrheit zum Tragen. Europa steht vor zwei großen Krisen: Die Ukraine und die Inflation (deren Feuer bereits hell brennt). Und diese Starrheit wird die Möglichkeiten der EU, diese Probleme kompetent zu bewältigen, stark einschränken – wenn überhaupt.

Was die Inflation betrifft, so hat der Vertrag von Maastricht der EZB absolute Unabhängigkeit verliehen. Sie arbeitet ohne die Gegengewichte – Kongress, Weißes Haus, Finanzministerium –, die die US-Notenbank umgeben, und ist damit in ein politisches Umfeld eingebettet, in dem sie öffentlich rechenschaftspflichtig ist. Im Gegensatz zu anderen Zentralbanken ist die Unabhängigkeit der EZB nicht nur gesetzlich verankert, ihre Regeln oder Ziele können nicht durch parlamentarische Beschlüsse geändert werden – sie unterliegt lediglich der Revision des Vertrags.

Auch wenn „die Einführung des Euro in einer grundsätzlich fehlerhaften Währungszone ein großer Fehler war, so gilt das Gleiche für die Rückgängigmachung dieses Fehlers“, denn die Auflösung der Eurozone käme „einem Tsunami wirtschaftlicher wie politischer Regression gleich“. Daher die „Falle“, in der Europa steckt: Es kann sich weder vorwärts noch rückwärts bewegen. Die EZB kann weder die quantitative Lockerung beenden (ohne eine Krise in Italien und Frankreich auszulösen), noch kann sie die Zinssätze anheben, um die steigende Inflation zu bekämpfen, ohne eine Staatsschuldenkrise auszulösen.

In Bezug auf die Inflation spielt Frankreich die Rolle eines der „kranken Männer Europas“ (der überschuldeten). Es ist daher nicht in der besten Position, um eine Führungsrolle zu übernehmen – und in jedem Fall würde eine echte Reform eine Neuverhandlung des EU-Vertrags erfordern, was für die meisten Staaten ein „Nein“ ist.

Was die EU als politische Struktur jedoch von anderen unterscheidet, ist die Konsensvermutung (und die daraus resultierenden Protokolle) – ein System, das darauf ausgelegt ist, die Unvorhersehbarkeit öffentlicher Debatten oder politischer Meinungsverschiedenheiten auszuschließen. Das gleiche Muster gilt auf höherer Ebene, wenn Entscheidungen an den Rat weitergeleitet werden, wo die daraus resultierende Entscheidung mit Familienfotos und einstimmigen Kommuniqués gesalbt werden muss.

Das Gebot des Konsens ist alles. Dies erklärt, warum die Politikgestaltung in der EU so geheimnisvoll ist und das fehlt, was für das politische Leben auf nationaler Ebene elementar ist – der offene und normale politische Streit. Das ist auch der Grund, warum die EU so starr ist und nicht in der Lage, sich grundlegend zu reformieren.

Im Rat muss Macron auf Nummer sicher gehen. Er wird den „Konsens“ bei einem emotional aufgeladenen Thema wie der Ukraine oder Russland nicht als gegeben hinnehmen können. Obwohl alle Mitgliedstaaten technisch gesehen gleichberechtigt sind und Entscheidungen im Einklang mit nationalen Interessen blockieren können, ist es in der Realität natürlich so, dass Deutschland und Frankreich aufgrund ihrer Größe und Macht de facto das Verfahren beherrschen, da es große Unterschiede zwischen den Ländern gibt. Da sie sich nicht immer einig sind und, wenn sie sich einig sind, nicht immer darauf bestehen, ist nicht jede Entscheidung des Rates eine Umsetzung ihres Willens. Nichts ist „selbstverständlich“.

Insbesondere der Ukraine-Konflikt bringt eine weitere Unflexibilität zum Vorschein. Wie George Friedman deutlich gemacht hat, befasst sich Washington in sicherheitspolitischen Fragen nicht mit „Europa“, sondern umgeht es: „Wir haben es eher mit Staaten zu tun, mit einem Polen oder einem Rumänien. Wir machen kein kollektives Europa.“

Raffiniert! Die USA liefern zusammen mit einigen europäischen Staaten schwere Waffen und Raketen-systeme in die Ukraine (oder versuchen zumindest, sie zu liefern). Ja, diese Staaten weiten den Konflikt auch aus, indem sie Krisenherde in Transnistrien, Moldawien, Armenien, Berg-Karabach, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan und Pakistan schaffen – um Moskau abzulenken. Und Stellvertreterkrieg zu vertiefen – u. a. mit der Behauptung, dass ihr Echtzeit-Geheimdienst-Input ein russisches Truppenflugzeug zum Absturz gebracht hat, wobei „Hunderte von Menschen getötet“ wurden).

Kurz gesagt, sie stellen die Weichen für den Krieg. Hat die EU in einer solchen Situation eine sinnvolle Handlungsmöglichkeit? Wahrscheinlich nicht.

Diese Krisen laufen immer schneller ab und übersteigen die Möglichkeiten der starren Strukturen und Denkweisen der EU, darauf zu reagieren. Die EU „funktioniert“ institutionell, wenn überhaupt, am besten in „Schönwetterlagen“. Sie wird durch das Einsetzen von schlechtem Wetter, für das sie weder auf supranationaler noch auf nationaler Ebene gerüstet ist, auf eine harte Probe gestellt.

Events, events dear boy, are in command. Die Ereignisse haben das Kommando.